



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/198 - 29.8.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 059 890

Henschel: Eine unüberhörbare Warnung

rd. - Der Streik bei Henschel ist beendet. Er ist nicht zusammengebrochen; und das ist gut so. Beide Seiten haben das Gesicht gewahrt. Es bleibt zu hoffen, dass man es auch in den kommenden Verhandlungen wahren wird und es nicht nachträglich "Besiegte" geben wird, d.h. gemassregelte und in ihren Erwartungen enttäuschte Arbeitnehmer. Es sollte bei dieser negativen Offenbarung des "Betriebsklimas" und der "begrüßenswert hohen Lebenshaltung" der Arbeitnehmer in der sozialen Marktwirtschaft verbleiben. Denn nachträgliche Enttäuschungen würden, ähnlich einem zusammengebrochenen Streik, vollends unreparable Verhältnisse und neuen sozialen Zündstoff schaffen, die, wie das Beispiel - und nicht nur bei Henschel - zeigt, das ganze System der Tarifpartnerschaft im Bundesdeutschland nachdrücklich in Frage stellen.

Nach den ersten unzulänglichen Informationen hatte es den Anschein, als seien hier kommunistische Drahtzieher am Werk gewesen, um diesen Streik zu organisieren. Selbst bürgerliche Zeitungen mussten bekennen, dass ein dahingehender Eindruck und solche Informationen falsch waren. Auch wir stehen nicht an, unseren ersten Eindruck zu korrigieren. Aber dann genügt es nicht, die außerordentlich hohe Disziplin der streikenden Henschel-Arbeiter zu loben und nur andeutungsweise die Berechtigung ihrer Aktionen wegen betrieblicher Unzulänglichkeiten zu erwähnen.

Das spontane und ohne Hilfe durch die an die Tarife gebundenen Gewerkschaften gebrachte einmütige Opfer der Belegschaft, in diesem völlig falsch als "wild" gekennzeichneten Streik, muß Ursachen haben, die zu diesem Opfer in einem messbaren Verhältnis stehen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die hessische Regierung, der Kasseler Stadtdirektor, die Werksleitung und der Unternehmensverband im Verein mit der zuständigen Gewerkschaft um die Beseitigung dieser Ursachen genau so intensiv bemühen wie um die Einstellung des Streiks. Sie haben alle gegenüber der Belegschaft eine diesbezügliche moralische Pflicht übernommen.

Aber Henschel, wie Howald und Stülken sind ein Symptom, dessen Ursache nicht allein in der intuitiven Ausnutzung einer günstigen Marktposition durch die Arbeitnehmer gesehen werden kann. Hier wurden Probleme unserer Betriebssoziologie, unserer gesellschaftspolitischen Struktur, insbesondere aber unsere arbeits- und tarifrechtlichen Gesetzes- und Vertragslage berührt, die eine hohe politische Bedeutung haben. Wird das übersehen, so könnten wir deren Konsequenzen sehr bald und sehr viel weitgehender zu spüren haben. Denn hier zeigt sich: Der Versuch der privatwirtschaftlichen Restaurateure, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in sonst so beliebten Spiel der Kräfte gesetzlich und vertraglich zu behindern, schafft in den Betrieben einen Überdruck, der zwangsläufig zu explosiven Aktionen führen muss. Aber darüber wird noch ausführlicher zu reden sein.

* * *

Zehn Jahre Vollbeschäftigung

E.A., London

Das Jahr 1955 wird wahrscheinlich einen neuen Rekord für Lohnforderungen in Großbritannien aufstellen. Vor wenigen Tagen haben die 39 Gewerkschaften, die in der Confederation of Shipbuilding and Engineering Unions zusammengeschlossen sind, auf ihrem Jahreskongress in Blackpool eine Aufbesserung der Grundlöhne um 10 Prozent verlangt. Drei Millionen Arbeiter in Maschinen- und Schiffsbau würden daran teilhaben. Die Eisenbahner haben ähnliche Forderungen aufgestellt. Bisher haben in diesem Jahre rund zehn Millionen britischer Arbeiter Lohnaufbesserungen von durchschnittlich sechs D-Mark wöchentlich durchgesetzt. Aber diese Aufbesserungen kompensieren in vielen Fällen nur die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die im vergangenen Jahre stattgefunden hat. Inzwischen geht die Teuerung weiter, der Index stieg seit Mai um weitere drei Punkte und liegt heute um fünfzig Prozent höher als im Jahre 1947.

Nun wurde vor kurzem eine Aufstellung veröffentlicht, wonach der Anteil der Arbeitskosten in den letzten vier Jahren stärker als andere Kostenelemente gestiegen ist. Das ist verständlich, da eine ganze Reihe von Rohstoffen in dieser Zeitspanne auf dem Weltmarkt eine sinkende Preistendenz zeigte. Die Veröffentlichung dieser amtlichen Aufstellung aber wurde von weiten Kreisen zu einem Aufschrei über die "für die britische Industrie katastrophalen Folgen dauernder Lohnaufbesserungen" benützt. Zehn Jahre Vollbeschäftigung seien die Ursache dafür. Der "Economist" und eine Reihe von Wirtschafts- und Finanzblättern nennen die Vollbeschäftigung nur noch die "Überbeschäftigung". Die Herausgeber werden nicht müde zu beweisen, dass ein gewisser Grad von Arbeitslosigkeit unerlässlich dafür sei, die Preise der industriellen Erzeugnisse und die Löhne stabil zu halten und der inflationistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Mit unverhehlter Befriedigung haben dagegen englische Wirtschaftskreise zur Kenntnis genommen, dass nun auch der Beschäftigungsgrad

in der Bundesrepublik sich dem Zustande der Vollbeschäftigung nähert und dass damit die deutsche Industrie unter Bedingungen wird arbeiten müssen, mit denen die britische seit langem zu rechnen hatte. Ein höherer Prozentsatz von Überstundenentlohnung werde den Produktionskostenindex der deutschen Konkurrenz dem britischen angleichen. Die britische Industrie habe zu lange darunter gelitten, dass die Arbeiter in der konkurrierenden deutschen Industrie längere Arbeitswochen leisten, so dass Überstundenlöhne, die übrigens in England höher als in der Bundesrepublik sind, weniger zu den Produktionskosten beigetragen hätten. Und was man im eigenen Lande bedauert, heißt man bei dem Konkurrenten willkommen, dass nämlich die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften bei Vollbeschäftigung zunimmt.

Die andere Seite der Vollbeschäftigung als Dauerzustand wird bei diesen "wirtschaftlichen" Betrachtungen natürlich geflissentlich übersehen. Vollbeschäftigung bedeutete nämlich für die britische Ökonomie einen stabilen und sich dauernd ausdehnenden Inlandsmarkt, also auch eine gesunde Grundlage für eine Politik steigender Exporte.

Darüber hinaus aber sollte man die sozialen und gesundheitlichen Folgerungen der Vollbeschäftigung in Rechnung setzen. Sie sicherte die 23 Millionen Arbeitnehmer in Großbritannien vor der erniedrigenden Erfahrung, in Schlangen vor den Arbeitsämtern oder sogar den Wohlfahrtsämtern stehen zu müssen. Sie trugen zur sozialen Stabilität bei. Schliesslich ermöglichten sie nicht nur den Arbeitnehmern, sondern in gleichem Maße ihren Familien - und den Kindern - eine Besserung der Lebenshaltung, wie sie kaum eine frühere Entwicklungsperiode gekannt hat. Die Tatsache, die man heute in Großbritannien überall bestätigt erhält, dass die Säuglinge und Kinder niemals so vergnügt und gesund ausgesehen haben wie heute, beruht neben Gesundheitsdienst und anderen Fortschritten doch vor allem darauf, dass die Väter und Mütter in den letzten zehn Jahren keine Sorge um den Arbeitsplatz zu haben und keine schlechtbezahlte Arbeit anzunehmen brauchten.

Die Restauration in der Studentenschaft

-ru. Seit einiger Zeit ist es etwas stiller geworden um das Wiederaufleben des Korporationswesens an den deutschen Universitäten. Diese scheinbare Ruhe täuscht jedoch über die tatsächliche Lage hinweg. In aller Stille hat sich in der Studentenschaft in den beiden letzten Jahren ein Restaurationsprozess vollzogen, der eingehender Beachtung bedarf. Die Alten Herren vor allem der schlagenden Verbindungen haben alles daran gesetzt, ihre Verbände wiederaufzubauen und ihnen ein Echo in der Studentenschaft zu sichern. Das ist ihnen weitgehend gelungen: Rund 20 vH der deutschen Studenten sind wieder in schlagenden Verbindungen organisiert.

Die Korporationen haben es bisher vorgezogen, ihre "erzieherische" und akademische Aufgabenstellung zu betonen. Seit etwa einem Jahr beginnen sie jedoch, auch ihren politischen Anspruch unverhüllt herauszustellen. Anfang dieses Jahres nahm der "Verband Deutscher Studentenschaften" - die Dachorganisation aller Studenten - die hochschulpolitische Entwicklung zum Anlass, ein Gespräch der wesentlichen studentischen Verbände anzuregen, das sich mit der politischen Verantwortung der Studenten in Vergangenheit und Gegenwart beschäftigte. Während des Gesprächs präziserte der Bundesvorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Ulrich Lohmar, die gegen die schlagenden Verbände bestehenden Bedenken.

Bedenken gegen die schlagenden Verbände

Die Ablehnung dieser Traditionsverbände durch die sozialistische Studentenschaft gründet sich vor allem auf das ungeklärte und oft ablehnende Verhältnis der schlagenden Korporationen zum 20. Juli und zur parlamentarischen Demokratie. Die Bedenken richten sich ferner gegen den Begriff der Nation wie er von den Korporationen gebraucht wird. Es ist bisher zumindest unklar geblieben, ob sie die Nation als eine völkisch und rassistisch bestimmte Erscheinung betrachten oder ob sie die Nation von ihren kulturellen Eigenheiten und ihrer historischen Entwicklung her zu begreifen suchen. Damit hängt die Frage zusammen, inwieweit heute auch der Antisemitismus in den schlagenden Verbänden bejaht wird. Öffentliche Äußerungen darüber wurden bisher nach Möglichkeit vermieden, aber es geschah bis heute so gut wie nichts, um eine Distanzierung der Traditionsverbände von ihrer antisemitischen Vergangenheit deutlich zu machen.

Schließlich können die schlagenden Verbände auch nur zutreffend gekennzeichnet werden, wenn man die Formen ihres Zusammenlebens betrachtet. Lebensbundprinzip, Bestimmungsmensur, "germanische" Trinksitten und Farben-Tragen prägen ihr Wesen noch immer. Ihre Sprache wird bestimmt durch ein abgestandenes nationales Pathos, sie organisieren Affekte, statt an die Einsicht und Urteilsfähigkeit der Studenten zu appellieren.

Proteste gegen Anerkennungstendenzen

Den Bedenken und der Ablehnung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gegen diese Erscheinungsformen der schlagenden Verbände schlossen sich seinerzeit alle anderen politischen Studentenverbände, die "Katholische Deutsche Studenten-Vereinigung" und die "Evangelische Studentengemeinde in Deutschland" weitgehend an. Und doch zeichnet sich in den letzten Monaten mit wachsender Deutlichkeit eine Entwicklung ab, die auf eine de facto-Anerkennung der schlagenden Verbindungen hinauslaufen soll. Der "Ring christlich-demokratischer Studenten" setzte sich mit dem CDK - dem Dachverband der schlagenden Verbände - zusammen und ließ anschließend verlauten, man habe Möglichkeiten einer gemeinsamen staatsbürgerlichen Bildungsarbeit erörtert.

Dieses Verhalten des christlich-demokratischen Studentenverbandes führte zu Protesten aller anderen politischen Studentenverbände (Liberaler Studentenbund Deutschlands, Internationaler Studentenbund, Bund demokratischer Studentenvereinigungen und Sozialistischer Deutscher Studentenbund). Der SDS wies darauf hin, dass die schlagenden Verbände nicht dadurch akzeptabler werden, dass sie einen stärkeren Anhang in der Studentenschaft finden, zumal dann, wenn man weiß, dass sozialer Konformismus, entwicklungsbedingte Emotionen und politische Instinktilosigkeit der Anlass zu dem Anwachsen der Korporationen sind.

CDK soll Farbe bekennen

Die politischen Studentenverbände außer dem CDU-Studentenverband sind sich nach wie vor darüber einig, dass eine Änderung in der Bewertung der schlagenden Verbände nur erfolgen kann, wenn sich der CDK in den auf dem Verbändegespräch angesprochenen Fragen zu eindeutigen Stellungnahmen entschließen würde, die keinen Zweifel lassen an der Bejahung der Demokratie und die einen klaren Trennungsschnitt ziehen zu der Vergangenheit der Korporationen. Die politischen Studentenorganisationen können sich nicht damit zufrieden geben, wenn ihnen von seiten der Korporationen versichert wird, sie seien für eine "wahre" und "echte Demokratie, und sie würdigten die "menschliche" Haltung der Männer des 20. Juli durchaus.

Darum geht es nicht; die Erneuerung des Verhältnisses zwischen Hochschule bzw. Studentenschaft und demokratischer Gesellschaft kann sich nicht auf der Grundlage eines unsicheren Pathos vollziehen. Hier muß Klarheit darüber geschaffen werden, was konkret gemeint ist, und es sind nicht die studentischen Traditionsverbände, die hier den Anspruch erheben können, ihnen zunächst einmal den "guten Willen" zu unterstellen. Die politischen Studentenverbände vertreten diese klare Auffassung nicht aus Intoleranz, sie sehen darin keinen Selbstzweck. Gerade die demokratischen Studentengruppen würden es begrüßen, wenn sich bei den schlagenden Verbänden ein tatsächlicher Wandel abzeichnen würde. Sie sind aber nicht bereit, den Schein für die Wirklichkeit zu nehmen.

Bundesinnenministerium hemmt politische Hochschul-
arbeit

Erstaunlich und unverstündlich ist es dabei, dass die meisten politischen Parteien dieser Entwicklung an den Hochschulen nur geringe Aufmerksamkeit schenken. Von seiten der demokratischen Kräfte außerhalb der Hochschulen geschah bisher fast nichts, um die Voraussetzungen der Arbeit der politischen Studentengruppen an den Universitäten zu verbessern. Die Abgeordneten des Jugendausschusses des Deutschen Bundestages sollten dieser Aufgabe sehr viel mehr Aufmerksamkeit schenken, denn die zuständigen Stellen des Bundesinnenministeriums haben es bisher mit Erfolg verstanden, den politischen Studentenverbänden solche verbesserten Voraussetzungen vorzuenthalten. So sollen in diesem Jahr, von 302.000,--DM, die im Rahmen des Kulturfonds des Innenministeriums für die Studentenschaft zur Verfügung stehen, den politischen Studentenverbänden in ihrer Gesamtheit nicht mehr als ganze 8500,--DM (!) zugewiesen werden, obwohl diese Verbände in erster Linie in der Lage sind, eine staatsbürgerliche Bildungsarbeit zu leisten, die an der Einheit von politischer Theorie und Praxis orientiert ist und den Studenten Gelegenheit bietet, konkrete politische Mitverantwortung zu übernehmen. Dass der Bundestagsausschuss für Jugendfragen sich mehrfach für eine Ausweitung der Mittel für die politischen Studentenverbände ausgesprochen hat, stört die Ministerialbeamten des Innenministeriums nicht im mindesten. Das Bundesministerium des Innern erinnert sich ihrer Arbeit nur, wenn es darum geht, bei öffentlichen Veranstaltungen den Wert der studentischen Bildungsarbeit herauszustellen.

Diese Praxis des Ministeriums ist ein Musterbeispiel dafür, wie willkürlich die Exekutive ein politisches Anliegen in ihrem Sinn zu beeinflussen die Stirn hat, die Meinung der freien politischen Studentengruppen oder die der Abgeordneten wird einfach beiseite geschoben. An staatlichen Erklärungen und Beteuerungen des guten Willens fehlt es dabei nicht, aber die Praxis der "Förderung" der politischen Hochschularbeit sollte den Abgeordneten endlich ein Anlass sein, hier klare staatliche Bestimmungen in der Fixierung der Haushaltstitel zu schaffen, die sich der willkürlichen Auslegung durch Ministerialbeamte entziehen. Das Ausmass der restaurativen Entwicklung an den deutschen Hochschulen macht es notwendig, dass hier schnell und durchgreifend gehandelt wird.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau